

# Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

| 2003 |



institut universitaire  
graduate institute  
d'études du développement  
of development studies

INFORMATIONSGESELLSCHAFT UND  
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT  
**DEVELOPMENT.COM**

MIT CD-ROM

---

# Inhaltsverzeichnis

---

## Einführung

---

Vorwort von Alpha Oumar Konaré „Nicht ohne unsere Sprachen“	XI
Vorwort von Walter Fust „Aussicht auf eine bessere Zukunft“	XIII

---

## 1. Die Digitale Kluft: eine neue Herausforderung für die internationale Zusammenarbeit

---

Aussichten auf virtuellen Wohlstand <i>Marie Thorndahl</i>	3
<b>Blickpunkt</b> „Digitale Kluft“ : ein zweifelhaftes Konzept <i>Daniel Pimienta</i>	29
Für einen afrikanischen Ansatz im IKT-Bereich <i>Sylvestre Ouédraogo</i>	33
Soziale Ungleichheiten als Ursprung technologischer Diskrepanzen <i>Partha Pratim Sarker</i>	37
E-Commerce: vom wirtschaftlichen Trugbild zum Gesellschaftswunder <i>Benoît Vulliet</i>	41

---

## 2. Anwendungen und Praxis im Süden

---

Die internationale Zusammenarbeit im Ansturm auf die afrikanischen Länder südlich der Sahara <i>Annie Chéneau-Loquay und Raphaël Ntambue-Tschimbulu</i>	47
<b>Blickpunkt</b> Informationstechnologien in Burkina Faso : ein langfristiges Unternehmen <i>Sylvestre Ouédraogo</i>	81
Dörfliche Infozentren in Süden Indiens : der Mensch vor dem Werkzeug <i>Michel Egger</i>	85
Teledienste in Mali : die Kunst der Anpassung <i>Jean-François L'haire und Ousmane Ly (im Gespräch mit Marie Thorndahl)</i>	89
Radio, Internet und Satellit zur Bekämpfung der Buschfeuer im Senegal <i>Martin Faye</i>	93

---

### 3. Politik und Aktionen der Schweiz

---

Die ITU, Swisscom und die Entwicklungszusammenarbeit: Neoliberalismus versus Solidarität <i>Michel Egger und Jean-Louis Fullsack</i>	99
Wichtiger als die „digitale Kluft“: die „digitale Chance“ <i>Hamadoun Ibrahim Touré (im Gespräch mit Michel Egger)</i>	119
<b>Blickpunkt</b> Die Informationsgesellschaft geht alle etwas an <i>Marc Furrer</i>	129
Die Informationstechnologien sind Sache der Privatwirtschaft <i>René Buholzer</i>	133
Gerechte Informationsgesellschaft: eine Frage politischen Willens <i>Chantal Peyer</i>	135
DEZA: Auf die Bevölkerung ausgerichteter Ansatz <i>Gerolf Weigel</i>	139
Helvetas: Trend zu partizipativen Technologien <i>Marc Steinlin</i>	145
Brot für alle: Für einen fairen Handel mit Information <i>Christoph Stückelberger</i>	149
ETIC: Nord-Süd-Partnerschaft und dezentralisierte Zusammenarbeit <i>Pape Ndiya Diouf</i>	153
Die Schweiz und der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft: Herausforderungen und Defizite <i>Fabrice Boulé</i>	157

---

### 4. Weltgipfel über die Informationsgesellschaft

---

Die globale Informationsgesellschaft: Visionen, Bevölkerung und Macht <i>Cees Hamelink</i>	165
<b>Blickpunkt</b> Urheberrecht: zu einer neuen Form des Kolonialismus <i>Brian Wafawarowa</i>	191
Gouvernanz des Internets: eine beunruhigende Machtkonzentration <i>Stéphane Koch</i>	195
Der Kampf um die freie Software <i>Bernard Lang</i>	201
Finanzierung und Wohlstandsteilung als Tabuthemen <i>Marie Thorndahl</i>	207
Im System verstrickte Zivilgesellschaft <i>Sean O'Siochru et Bruce Girard</i>	215
<b>Blickpunkt</b> Die Zivilgesellschaft als Hauptakteur der Informationsgesellschaft <i>Adama Samassekou</i>	229
Cyber-Leviathan <i>Mateo Cueva</i>	233

---

# Gerechte Informationsgesellschaft: eine Frage politischen Willens

Chantal Peyer\*

---

„Wir lassen uns von der technizistischen, neoliberalen und von Illusionen des Egalitarismus geprägten Ideologie des ‚Global Village‘ nicht täuschen: Wegen des technologischen Grabens und der ungleich verteilten Kenntnisse bedeutet das Internet nicht Wissen für alle, sondern es macht einmal mehr eine Welt der zwei Geschwindigkeiten deutlich.“ Dies schrieb Olivier Barlet im Jahr 2000 in einem Leitartikel zu *Africultures*<sup>1</sup>. Wie steht es damit zwei Jahre später, im Vorfeld des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS)? Wie werden das Potenzial und die Gefahren der Informationsgesellschaft wahrgenommen?

„Brot für alle“ ist der Ansicht, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (NIKT) eine Chance sein können. Mit den drahtlosen Technologien zum Beispiel – allgemein bekannt unter dem Kürzel *WiFi* – kann man die Investition in teure und schnell veraltete Infrastrukturen limitieren<sup>2</sup>. Die Entwicklung der Kommunikationsmittel erleichtert die Schaffung von Datenbanknetzwerken und kann den Einbezug der Bevölkerung stärken. Ihre Anwendungen in Fernmedizin und

Fernunterricht oder die Schaffung von Zentren mit kollektivem Zugang sind wichtige Instrumente im Kampf gegen die Armut.

Aber die NIKT sind nicht Zweck, sondern Mittel. Ohne klaren politischen Willen, ohne einen Paradigmenwechsel ist das Erreichen eines gerechten „globalen Dorfes“ eine Illusion. Heute nutzen nur 5% der Weltbevölkerung das Internet, und von diesen leben 88% in den Ländern des Nordens. Im Süden wird das Internet vor allem von Männern aus städtischen Gebieten und mit guter Ausbildung genutzt. So wie sich die Dinge heute entwickeln, vergrößert die Informationsgesellschaft demnach die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gräben.

Wird sich der politische Wille am Weltgipfel über die Informationsgesellschaft einstellen? Die Resultate der ersten Vorbereitungskonferenzen lassen Zweifel aufkommen. Für Brot für alle müsste die in der ersten Phase des Gipfels in Genf verabschiedete Erklärung im Grundsatz auf den bestehenden rechtlichen Rahmen aufbauen, namentlich auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948). Artikel 19 dieser Erklärung

\* Programmbeauftragte bei Brot für alle und Mitglied der Schweizer Delegation am Weltgipfel über die Informationsgesellschaft, Schweiz.

<sup>1</sup> *Africultures, Internet en Afrique*, n° 23, Dezember 1999 <[www.africultures.com](http://www.africultures.com)>.

<sup>2</sup> Alan Levy, *Matching New WiFi Technology With Virtual Private Networks To Create Affordable Universal Internet Access* <[www.bytesforall.org/index\\_connectivity\\_top1.htm](http://www.bytesforall.org/index_connectivity_top1.htm)>.

hält fest, dass „jeder Mensch das Recht auf Meinungsfreiheit und auf freie Meinungsäußerung“ hat. „Dieses Recht schliesst die Freiheit ein, Meinungen ungehindert äussern sowie die Freiheit in Medien – jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen – Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten“. Das entspricht auch den wesentlichen Forderungen der Zivilgesellschaft: Zugang aller zu den Kommunikationsmitteln (Infrastrukturen) sowie zum Empfang und zur Erzeugung von Information (Inhalte). Zwar sind sich die Regierungen in der Anerkennung dieser Prinzipien mehr oder weniger einig; die Umsetzung stockt jedoch aus mindestens drei Gründen:

Erstens muss für eine Respektierung des Rechts auf Kommunikation der Mensch ins Zentrum gestellt werden. Dies ruft die Schweizer Plattform für die Informationsgesellschaft – ein Verband von Nichtregierungsorganisationen und Medienleuten, die sich am WSIS-Prozess beteiligen – seit ihrer Gründung 2002 immer wieder in Erinnerung. Im WSIS-Prozess jedoch wird „der Schwerpunkt mehr auf die Infrastrukturen (für den Süden) und die potenziellen Märkte (für den Norden) als auf die wirklichen Rechte und Bedürfnisse der Menschen und der Gemeinschaften gelegt“<sup>3</sup>.

Zweitens bedingt der Aufbau einer demokratischen und partizipativen Informationsgesellschaft eine Grundsatze debatte über Fragen wie Rechte des geistigen Eigentums, Respektie-

rung der Menschenrechte und der freien Meinungsäußerung sowie Medienkonzentration. All diese Themen stehen im Zentrum der Anliegen der Zivilgesellschaft<sup>4</sup>. In den offiziellen Verhandlungen des Gipfels nehmen sie aber jetzt schon lediglich einen kleinen Platz ein oder sind gar ausgeschlossen.

Und schliesslich fehlt jede konkrete Verpflichtung: Um den digitalen Graben zu überwinden und den Zugang zu Mitteln und Inhalten der Information für alle zu ermöglichen, sind innovative öffentliche Politiken und bedeutende Finanzen nötig. Aber der Vorschlag zur Schaffung eines internationalen Solidaritätsfonds für die Informationsgesellschaft und die Unterstützung für freie Software – um nur zwei Beispiele zu nennen – stossen im Rahmen des WSIS kaum auf Echo. Die Empfehlungen, die den Entwicklungsländern zur Überwindung des digitalen Grabens abgegeben werden, gehen alle in die gleiche Richtung: Den Telekommarkt privatisieren, stabile und attraktive gesetzliche Rahmenbedingungen für die Privatunternehmen einführen und sich an öffentlich-privaten Partnerschaften beteiligen. Doch die Grenzen der gegenwärtigen Privatisierungs- und Liberalisierungspolitiken unter der Ägide der Welthandelsorganisation und der Internationalen Fernmeldeunion (UIT) sind bekannt: Sie erlauben es nicht, für die benachteiligten Regionen und Bevölkerungen der Entwicklungsländer angemessene Infrastrukturen zu erschwinglichen Preisen zu entwickeln<sup>5</sup>.

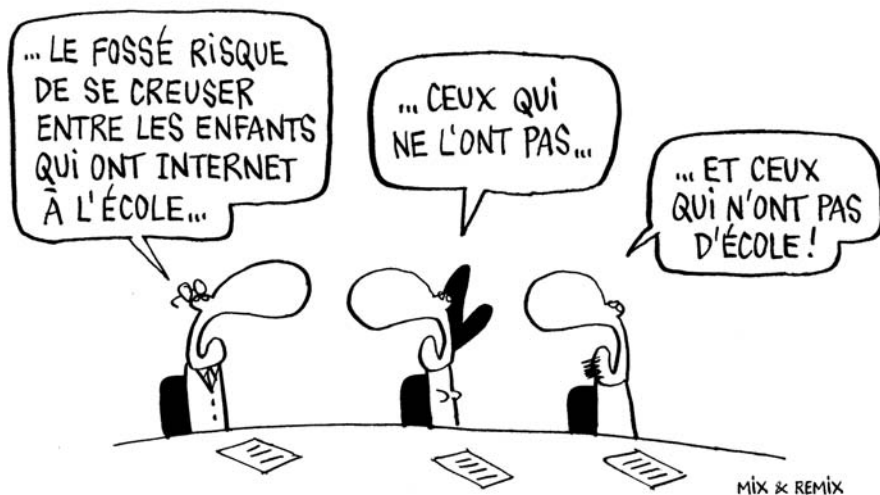
<sup>3</sup> Website der Schweizer Plattform zur Informationsgesellschaft: <[www.comunica-ch.net](http://www.comunica-ch.net)>.

<sup>4</sup> Vgl. z.B. die Kampagne CRIS (Communication Rights in the Information society) <[www.crisinfo.org](http://www.crisinfo.org)>.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Artikel von Jean-Louis Fullsack, namentlich, *L'UIT, la vieille dame des télécommunications dans la tourmente libérale* <[www.globenet.org/csdppt](http://www.globenet.org/csdppt)> und die Artikel von Annie Chéneau-Loquay: <[www.africanti.org](http://www.africanti.org)>.

Zum Aufbau einer wirklichen Partnerschaft, und um Lösungen für die Probleme der Informationsgesellschaft zu finden, müssen deshalb dringend neue Formen der Zusammenarbeit, der Beratung oder gar der Regierungstätigkeit gefunden werden. Mehr als in jedem anderen Bereich besitzen die Zivilgesellschaft und der Privatsektor ein Know-how und eine Kreativität, welche beim künftigen Aufbau der Informationsgesellschaft einbezogen werden müssen. Deshalb hat die Schweizer Plattform zur Schaffung einer hochrangigen schweizerischen Task-Force aufgerufen, in der all diese Akteure vertreten sein sollten, welche einen Beitrag

zum Prozess des Gipfels leisten können (Verantwortliche der zuständigen Ämter, Parlamentsmitglieder, Delegierte des Privatsektors, der Zivilgesellschaft und der Medien). Eine solche wirklich tripartite, ständige und transparente Task-Force wäre der Ort, wo namentlich die Positionen und Vorschläge der Schweiz für den Gipfel ausgehandelt und erarbeitet werden sollten. Wenn die Schweizer Regierung diesen Vorschlag annimmt, könnte sie damit ein Beispiel geben, und die offiziellen Texte des Gipfels, welche die Ausarbeitung neuer tripartiter Beratungsformen verlangen, wortwörtlich befolgen<sup>6</sup>.



*Die digitale Kluft wird immer tiefer zwischen Kindern, die in der Schule Internet haben... Kindern ohne Internet in der Schule... und Kindern ohne Schule!*

<sup>6</sup> Vgl. zum Beispiel die Resolution 56/183 der UNO-Generalversammlung, welche „nichtstaatliche Organisationen und den Privatsektor“ ermutigt, „zu dem zwischenstaatlichen Vorbereitungsprozess und zu dem Gipfel selbst Beiträge zu leisten und aktiv daran mitzuwirken“.

Die technizistischen und evolutionistischen Diskurse der Weltbank, der grossen UN-Unterorganisationen und auch der Schweizerischen Bundesverwaltung beweisen es: Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – in erster Linie das Internet – haben sich von Instrumenten zur Überwindung von Zeit und Raum zu einer «neuen Grenze» in der Entwicklungszusammenarbeit entwickelt. Einerseits stehen sie für die nach wie vor ungedeckten Bedürfnisse, die eine alarmierende Ungleichheit vor Augen führen, andererseits bilden sie ein Instrument zur Armutsbekämpfung.

Was bleibt jedoch, nach der technologischen Faszination und den Schlagzeilen – Trugbild oder Wirklichkeit? Woher stammen modische Konzepte wie die «digitale Kluft» und was steckt dahinter? Inwiefern haben die IKT die Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit verändert? Welchen Einfluss hat umgekehrt die Entwicklungszusammenarbeit auf Inhalte und Anwendung der Technologien? Stimmen die Massnahmen vor Ort mit den Versprechen der Geldgeber überein? Werden in der im Entstehen begriffenen Informationsgesellschaft die Beziehungen zwischen Staaten, Unternehmen und Zivilgesellschaft hin zu einer demokratischeren, gerechteren und transparenteren Gouvernanz neu definiert, oder werden dort lediglich die herkömmlichen, nunmehr gefährlicheren Machtkämpfe – weil die Protagonisten hinter dem Schleier einer illusorischen Interessengemeinschaft agieren – neu ausgetragen?

Zur Beantwortung dieser Fragen hat das Universitätsinstitut für Entwicklungsstudien (iuéd) rund dreissig Autorinnen und Autoren aus dem Süden und aus dem Norden eingeladen, die wesentlichen Herausforderungen der erwähnten «Informationsgesellschaft» für die Entwicklungsländer zu untersuchen. In den Beiträgen des Südens und des Nordens äussert sich die Pluralität der Standpunkte.

In *Informationsgesellschaft und internationale Zusammenarbeit* werden zwischen Vision und kritischer Bilanz wichtige aktuelle Themen wie geistige Eigentumsrechte, Regulierung des Internets, internationale Finanzierungsmodelle, Politik der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) und Rolle der Zivilgesellschaft zusammenfassend behandelt. Das Buch untersucht mehrere konkrete Projekte, in denen die IKT in der Entwicklung angewandt werden, und erteilt dafür den Partnern aus dem Süden das Wort. Ein grosser Platz wird den wichtigen Schweizer Akteuren eingeräumt (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Hilfswerke, Swisscom), welche ihr Vorgehen und ihre Tätigkeiten vorstellen.

Ausserdem dient das Buch als Nachschlagewerk zum Verstehen der Herausforderungen des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft, der im Dezember 2003 in Genf und im November 2005 in Tunis in zwei Etappen stattfinden wird.